AKTIV.IST.IN

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 3 / SEPTEMBER 2022

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

RECHT AUF PROTEST

Trotz repressiver Maßnahmen wachsen Protestbewegungen

TOD IN ZEITLUPE

Taliban zerstören das Leben von Frauen und Mädchen

SETZ DICH EIN

für Leila de Lima / Philippinen
für Aktivistinnen in Simbabwe

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

AKTIV.IST.IN NR. 163
AMNESTY-NETZWERK
FRAUENRECHTE
SEPTEMBER 2022

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
@amnestynetzwerkfrauenrechte

TWITTER
@AIFrauenrechte

INSTAGRAM
amnesty_frauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind steuerlich absetzbar.

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Diese jungen Mädchen wollten nur eine Zukunft haben, und jetzt sehen sie keine vor sich“, klagt ein junge Gymnasiallehrerin in **AFGHANISTAN** resigniert. Und eine Rechtsanwältin: „Alles, was ich sehe, sind die Wände um mich herum. Ich kann nicht einmal aus dem Haus gehen. Ist das leben?“ Beide dürfen ihren Beruf nicht mehr ausüben und kaum das Haus verlassen. Eine andere Frau verheiratete ihre 13-jährige Tochter, damit diese nicht mehr hungern muss. Unvorstellbar, wie die Taliban innerhalb eines Jahres das Leben und die Hoffnungen von Millionen Frauen und Mädchen zerstörten. Tod in Zeitlupe nennt es Amnesty in neuen zutiefst deprimierenden Berichten. Die Taliban haben alle Versprechungen, Menschenrechte zu achten, gebrochen und üben neuerlich eine Schreckensherrschaft aus. Die internationale Gemeinschaft darf die Menschen in Afghanistan nicht im Stich lassen und muss wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Taliban für die begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Nicht gerade zimperlich gehen viele Regierungen weltweit gegen Demonstrierende vor. Das **RECHT AUF PROTEST** ist weltweit bedroht wie nie zuvor. Regierungen nutzen immer öfter Notstandsgesetze als Vorwand, um gegen Andersdenkende vorzugehen und Proteste zu unterbinden. Aber die Protestbewegungen wachsen dennoch. Millionen gehen mutig und entschlossen auf die Straße und bestehen auf ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Besonders schwer haben es überall **MARGINALISIERTE GRUPPEN**, sowohl beim Recht auf Protest als auch bei den Corona-Maßnahmen. Menschen, die von vornherein ausgegrenzt werden, können ihre Rechte besonders schwer durchsetzen. Indigene Frauen in den USA sind viel häufige als andere Opfer von Gewalt und erlangen nur schwer Hilfe und Gerechtigkeit. Aus Venezuela nach Kolumbien und Peru geflüchtete Frauen erleben dort mehrfache Diskriminierung und Gewalt.

Einen bitteren Tag für die reproduktiven Rechte nannte Amnesty die Entscheidung des US-Höchstgerichts, das **RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH** aufzuheben.

Tröstlich und motivierend angesichts der vielen tristen Berichte sind zum Glück die ständigen kleinen **ERFOLGE**, die der Einsatz von Millionen Amnesty-Unterstützer*innen immer wieder erzielen kann. Danke für Deinen Einsatz!

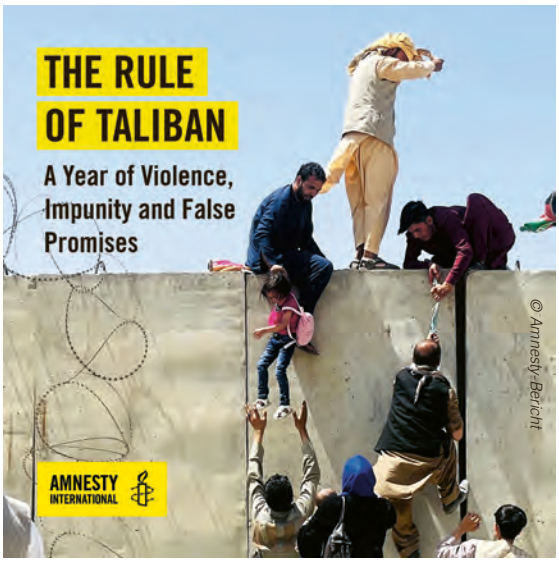
Mit herzlichen Grüßen,
das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte

INHALT

3 **AFGHANISTAN** Ein Jahr unter den Taliban
4 **AFGHANISTAN** Tod in Zeitlupe
7 **IRAN** Iranische Zivilgesellschaft stärken
8 **SIMBABWE** Foltervorwürfe untersuchen
9 **PHILIPPINEN** Freiheit für Leila de Lima
10 **BANGLADESCH** Klimawandel und Ausbeutung bedrohen Existenzen
12 **INTERNATIONAL** Recht auf Protest ist weltweit bedroht
14 **USA** Höchstgericht kippte Recht auf Schwangerschaftsabbruch
16 **USA** Gewalt gegen indigene Frauen
18 **FRAUEN AUF DER FLUCHT** Im Stich gelassen
20 **PANDEMIE** Marginalisierte Gruppen besonders betroffen
22 **ÖSTERREICH** Hass und Gewalt gegen Frauen stoppen
23 **ÖSTERREICH** Petitionsübergabe für 24-h-Betreuerinnen
24 **DIES & DAS** Kurzmeldungen
25 **APPELLBRIEFE** Bitte absenden!
31 **ELVIA CARILLO PUERTO** Mexikanische Feministin und Freiheitskämpferin
32 **ERFOLGE** Dein Einsatz hilft / Impressum

AFGHANISTAN

EIN JAHR UNTER DEN TALIBAN



Massive Einschränkungen, Gewalt und gebrochene Versprechungen: Seit ihrer Machtergreifung vor einem Jahr haben die Taliban in Afghanistan die Menschenrechte mit Füßen getreten.

In einem neuen Bericht zeigt Amnesty International wie unter der Taliban-Herrschaft Minderheiten verfolgt, friedliche Proteste gewaltsam niedergeschlagen und Frauen unterdrückt werden. Das Taliban-Regime setzt außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen ein, um unter der afghanischen Bevölkerung Angst und Schrecken zu verbreiten. Der Bericht *The Rule of Taliban: A Year of Violence, Impunity and False Promises* dokumentiert schwerste Menschenrechtsverletzungen seit der Machtergreifung der Taliban im Jahr 2021. Er offenbart die weit verbreitete Straflosigkeit für Verbrechen wie Folter, Morde aus Vergeltung und Vertreibungen von Gegner*innen der Taliban – obwohl diese ursprünglich versprochen hatten, sowohl die Frauenrechte als auch die Pressefreiheit zu achten und ehemaligen Regierungsvertreter*innen Amnestien zu gewähren.

MASSIVE EINSCHRÄNKUNG DER MEINUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT. Die Sicherheitskräfte der Taliban wenden exzessiv Gewalt an, um das Verbot friedlicher Proteste durchzusetzen. In mehreren Großstädten lösten sie friedliche Proteste auf, indem sie auf unbewaffnete Demonstrierende einschlugen und schossen. Bei ihren Versuchen, die Meinungsfreiheit massiv einzuschränken, haben die Taliban Aktivist*innen der Zivilgesellschaft ins Visier genommen. Sie schikanierten, bedrohten, inhaftierten und töteten sogar zahlreiche Personen allein aufgrund deren Menschenrechtsarbeit.
Die Taliban gehen zudem gegen die Pressefreiheit vor. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 80 Journalist*innen festgenommen und gefoltert, weil sie über friedliche Proteste berichtet hatten.

WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN, FOLTER UND MISSHANDLUNG. Seit August 2021 gibt es zahlreiche Berichte über Taliban-Soldaten, die Afghan*innen verprügelten und folterten, die gegen Erlässe des Taliban-Regimes verstoßen haben sollen oder der Zusammenarbeit mit der früheren Regierung beschuldigt werden. Hunderte von Zivilpersonen wurden rechtswidrig festgenommen.
Viele von ihnen wurden bei der Festnahme mit Gewehrkolben geschlagen oder ausgepeitscht.

AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN UND VERSCHWINDENLASSEN. Rachemorde, Hinrichtungen von mutmaßlichen Widerstandskämpfer*innen im Schnellverfahren und andere Verbrechen, die Berichten zufolge seit der Machtübernahme der Taliban begangen wurden, könnten als Kriegsverbrechen gelten. So wurden hunderte Leichen mit Schusswunden oder Folterspuren gefunden, die auf außergerichtliche Hinrichtungen hindeuten. Dutzende Menschen sind „verschwunden“, weil sie unter der vorherigen Regierung gearbeitet haben oder weil sie verdächtigt werden, am Widerstand gegen die Taliban beteiligt gewesen zu sein. Ihr Verbleib ist nach wie vor unbekannt.

VERFOLGUNG VON MINDERHEITEN. Wenige Wochen nach der Machtübernahme durch die Taliban wurden Berichte über rechtswidrige Vertreibungen von nicht-paschtunischen Afghan*innen aus ihren Häusern und von ihren Farmen bekannt. Auf diese Weise konnten die Taliban ihre Anhänger*innen mit Land belohnen, das sie anderen Gruppen – insbesondere Hazaras, Turkmen*innen und Usbek*innen – abgenommen hatten. Solche Enteignungen wurden aus dem ganzen Land gemeldet.

PETITION!
Bitte unterschreibe die Online-Petition auf amnesty.at.

AFGHANISTAN

TOD IN ZEITLUPE

© Alle Bilder: Kiana Hayeri / Amnesty International

Afghanische Frauen klagen an: Wie die Taliban-Herrschaft ihr Leben zerstört. Die Welt darf sie nicht vergessen.

KEINE RÜCKKEHR IN DIE SCHULEN FÜR MÄDCHEN. Die Taliban haben die große Mehrheit der Mädchen der Sekundarstufe daran gehindert, in die Schule zurückzukehren. Sie riefen die Mädchen der Sekundarstufe am 23. März 2022 zur Rückkehr in die Schule auf, um sie dann am selben Tag mit der Begründung eines „technischen Problems“ im Zusammenhang mit ihren Schuluniformen nach Hause zu schicken.

SCHIKANE AN DEN UNIVERSITÄTEN. An den Universitäten werden Studentinnen durch die Taliban schikaniert. Studentinnen und Lehrerinnen müssen befürchten, von den Taliban belästigt oder verfolgt zu werden.
Frauen studieren in einem unsicheren Umfeld, in dem sie systematisch gegenüber männlichen Studenten benachteiligt werden.

Efat, Studentin, 22 Jahre: **„Mein Bruder und ich waren auf dem Weg zu unserem Englischkurs. Ich ging hinter ihm... Einer der Taliban-Mitglieder hielt mich an... Er fragte: „Wohin gehst du?“ Er hatte eine Waffe über der Schulter. Ich sagte, dass ich zu meinem Englischkurs gehe. Er nahm seine Waffe und schlug mich damit.“**

Die Taliban zwingen ihnen Verhaltensnormen und Einschränkungen in Bezug auf ihre Möglichkeiten und ihre Kleidung auf.
Viele Frauen haben ihr Studium abgebrochen. Andere haben beschlossen, sich nicht an einer Universität einzuschreiben.

ARBEITSVERBOTE FÜR FRAUEN. Die Taliban haben Frauen in ganz Afghanistan ihren Beruf verboten. Die meisten weiblichen Regierungsangestellten wurden angewiesen, zu Hause zu bleiben, mit Ausnahme derjenigen, die in bestimmten Bereichen wie Gesundheit und Bildung arbeiten. In der Privatwirtschaft wurden viele Frauen aus hochrangigen Positionen entlassen.

Kathool, ehemalige Direktorin einer Privatschule: **„Nachdem meine Schule wiedereröffnet wurde, stellten sie mich nicht wieder ein. Sie sagten, Frauen könnten nicht in hochrangigen Positionen arbeiten. Jetzt hat meine Schule einen neuen männlichen Direktor... Auch alle Beschäftigten in der Verwaltung sind jetzt Männer. Mir geht es nicht gut. Ich war eine arbeitende Frau. Jetzt sitze ich zu Hause und habe nichts zu tun. Es fühlt sich alles falsch an.“**

Die Politik der Taliban scheint darin zu bestehen, dass sie nur Frauen, die nicht durch Männer ersetzt werden können, weiterarbeiten lassen. Frauen, die weiterhin arbeiten, berichteten, dass sie es angesichts der von den Taliban auferlegten Beschränkungen in Bezug auf ihre Kleidung und ihr Verhalten äußerst schwer haben, wie etwa die Vorschrift für Ärztinnen, keine männli-

chen Patienten zu behandeln oder nicht mit männlichen Kollegen zu interagieren.
Die von den Taliban verhängten Arbeitsverbote haben zu einer verzweifelten Situation für viele Frauen geführt, die die einzige oder wichtigste Verdienerin ihrer Familien waren.

LEBEN UNTER MÄNNLICHER AUFSICHT. Die Taliban schränken die Bewegungsfreiheit von Frauen und Mädchen zunehmend ein. Zunächst ordneten sie an, dass Frauen und Mädchen auf längeren Reisen von einem Mahram, einer männlichen Aufsichtsperson, begleitet werden müssen.
Nun haben die Taliban verfügt, dass Frauen ihr Haus nur noch verlassen dürfen, wenn es notwendig ist. Frauen und Mädchen erzählten Amnesty International, dass angesichts der zahlreichen und immer stärkeren Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit jedes Auftreten in der Öffentlichkeit ohne einen Mahram ein ernsthaftes Risiko darstelle. Die Mahram-Anforderungen machen ihr tägliches Leben fast unmöglich.

Zohra, Rechtsanwältin: „Alles, was ich sehe, sind die Wände um mich herum. Ich kann nicht einmal aus dem Haus gehen. Ist das leben?“

RIGIDE KLEIDUNGSVORSCHRIFTEN. Die Taliban haben immer strengere Richtlinien für die Kleidung von Frauen und Mädchen eingeführt. Am 7. Mai 2022 verfügte das „Ministerium für Sitte und Tugend“ einen Erlass, wonach Frauen sich vom Kopf bis zu den Zehen bedecken müssen.
Die männlichen Familienmitglieder werden nun für die Einhaltung der neuen Vorschriften verantwortlich gemacht. Sie können inhaftiert werden, wenn sich die Frauen und Mädchen in der Familie weigern, diese einzuhalten.

Brishna, Universitätsstudentin: „Zuerst durften wir keine bunte Kleidung tragen. Dann befahlen sie uns, keine bunten Schals mehr zu tragen. Dann wurden wir aufgefordert, ganz schwarz zu tragen. Jetzt ist es die Burka oder die Vollverschleierung. Was erwartet uns noch?“

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT. Bis August 2021 hatten Frauen und Mädchen, die geschlechtsspezifische Gewalt überlebt haben, Zugang zu einem landesweiten Netz von Unterkünften und Unterstützung, einschließlich rechtlicher Vertretung, medizinischer Versorgung und psychosozialer Unterstützung. Das System hatte zwar seine Grenzen, aber

Fatima, eine 25-jährige Gymnasiallehrerin in der Provinz Nangarhar: „Diese jungen Mädchen wollten nur eine Zukunft haben, und jetzt sehen sie keine vor sich... Es gibt Millionen afghanischer Mädchen, die darauf warten, dass etwas geschieht.“

es half jedes Jahr Tausenden von Frauen und Mädchen. Dieses System ist völlig zusammengebrochen. Die Notunterkünfte wurden geschlossen, und viele wurden von Taliban-Mitgliedern geplündert und in Beschlag genommen. In einigen Fällen belästigten oder bedrohten Taliban-Mitglieder das Personal. Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt und die Frauen, die für die Schutzdienste gearbeitet haben, sind nun in großer Gefahr. Frauen und Mädchen, die seit der Machtübernahme durch die Taliban vor der Gewalt geflohen sind, können sich nirgendwo hinwenden. Als die Taliban im ganzen Land vorrückten,

Parwin, Richterin für geschlechtsspezifische Gewaltdelikte : „20 Jahre lang habe ich daran gearbeitet, alles von Grund auf neu aufzubauen... ich habe versucht, alle zu überzeugen, damit wir ein System und einen Rahmen haben, um Frauen zu schützen. Jetzt haben wir alles verloren – alles, was wir aufgebaut haben, alles, was wir hatten... wir sind so viele Risiken eingegangen... es brauchte so viel Mut und Energie, so viele Opfer, um etwas aus dem Nichts aufzubauen – und dann wird es wieder zu nichts.

Farida, ehemalige Büroangestellte: „Als Nangarhar zusammenbrach, wurde das Büro geschlossen... Weil Männer und Frauen nicht zusammen arbeiten dürfen... [Meine Familie] verbrachte zwei Wochen ohne Essen zu Hause. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass wir einmal kein Essen auf dem Tisch haben würden."

entließen sie systematisch Gefangene aus den Gefängnissen, von denen viele wegen geschlechtsspezifischer Gewaltdelikte verurteilt worden waren.

FRAUEN UND MÄDCHEN WEGEN „MORALISCHER KORRUPTION" VERFOLGT. Frauen und Mädchen werden willkürlich wegen „moralischer Korruption" inhaftiert. Die Taliban verhaften Frauen, weil sie gegen ihre diskriminierende Politik verstoßen haben, etwa gegen das Verbot, sich in der Öffentlichkeit ohne Mahram zu zeigen oder mit einem Mann, der nicht als Mahram gilt, in der Öffentlichkeit zu sein. Andere wurden aufgrund ihrer Flucht vor Misshandlung inhaftiert. Die Frauen sind in der Haft unmenschlichen Bedingungen, Folter und Misshandlungen ausgesetzt.

Ein Gefängnismitarbeiter: „Sie haben Gewalt durch ihren Ehemann oder dessen Familie erlebt und landeten im Gefängnis... Einige kamen, weil sie die Taliban selbst ansprachen und fragten: „Wo ist eure Notunterkunft?" [Die Taliban] hatten keine, also landeten sie im Gefängnis."

DRASTISCHER ANSTIEG VON ZWANGSEHEN. Die Zahl der Kinder-, Früh- und Zwangsverheiratungen in Afghanistan ist unter der Herrschaft der Taliban sprunghaft angestiegen. Strukturelle Ursachen dafür sind die wirtschaftliche und humanitäre Krise sowie die fehlenden Bildungs- und Berufsaussichten für Frauen und Mädchen.
Manche Familien verheiraten die Frauen, um ihre Töchter vor der Heirat mit einem Taliban-Mitglied zu schützen. Andere Familien zwingen Frauen und Mädchen, Taliban-Mitglieder zu heiraten. Auch Taliban-Angehörige selbst zwingen Frauen und Mädchen zur Heirat.

Khorsheed, Mutter einer 13-jährigen Tochter, die sie an einen 30-jährigen Mann verheiratete: „Sie wird nicht mehr hungern müssen."

DEMONSTRANT*INNEN WERDEN VERFOLGT UND INHAFTIERT. Die systematische Diskriminierung durch die Taliban führte zu einer Welle friedlicher Proteste von Frauen und Mädchen in ganz Afghanistan. Die Taliban haben die Rechte dieser Frauen und Mädchen auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit verletzt. Friedliche Demonstrant*innen wurden während der Proteste misshandelt, unter anderem durch Schläge und Elektroschocks mit Tasern. Viele Demonstrant*innen wurden willkürlich festgenommen und inhaftiert, fielen dem Verschwindenlassen zum Opfer, wurden gefoltert und misshandelt.

Friedliche Demonstrantin, die für 10 Tage inhaftiert wurde: „[Die Taliban-Wächter] kamen immer wieder in mein Zimmer und zeigten mir Bilder von meiner Familie. Sie wiederholten immer wieder... ‚Wir können sie töten, sie alle, und du wirst nichts tun können... Weine nicht, mach keine Szene. Nachdem du protestiert hast, hättest du mit Tagen wie diesen rechnen müssen."

EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK MUSS IRANISCHE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Die wieder inhaftierte Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi fordert Vertreter*innen der EU auf, den friedlichen Einsatz für Menschenrechte und Demokratie im Iran zu unterstützen.

Die langjährigen Atomverhandlungen mit dem Iran, die 2015 in Lausanne erstmals zu einem Ergebnis führten, wurden nach dem einseitigen Austritt der USA abrupt beendet. Seit dem Amtsantritt von Joe Biden gibt es nun Hoffnung, dass alle Seiten zu dem Vertrag zurückkehren werden. Im Zuge der Annäherung nahm der EU-Beauftragte für den Iran, Enrique Mora, im Jänner 2021 an der Amtseinführung von Ebrahim Raisi teil. Der jetzige iranische Präsident ist für die Massenhinrichtungen des „Chomeini-Massakers 1988 und als Chefrichter des Iran für unzählige schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Während sich Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, anlässlich eines Besuchs in Teheran 2016 um ein Treffen mit Vertreterinnen der Frauenbewegung und der Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi bemühte, fragte Enrique Mora bei seinem Besuch im Vorjahr nicht weiter nach dem Schicksal Mohammadis.

HINRICHTUNGEN, FOLTER, AUSPEITSCHUNGEN. Der Iran gehört neben China, Saudi-Arabien und Syrien zu den Ländern mit den meisten Hinrichtungen. In den Gefängnissen wird systematisch gefoltert, selbst Jugendliche werden hingerichtet. Es kommt zu öffentlichen Auspeitschungen und Amputationen als Strafe. Narges Mohammadi plädierte an die Europäische Union, „...dass sie unseren friedlichen Einsatz für die Menschenrechte und die Demokratie im Iran unterstützt. Zum Beispiel, dass sie bei jedem Anlass und in jedem Gespräch die iranischen Behörden fragt, warum uns unsere verfassungsmäßig garantierten Rechte verwehrt werden. Die Stärkung der iranischen Zivilgesellschaft sollte Teil der europäischen Sicherheitspolitik sein.“*

Narges Mohammadi - kurze Zeit in Freiheit - bei einem Online-Gespräch mit Amnesty-Unterstützer*innen, Juli 2021
© Screenshot, NW Frauenrechte

Bisher verhallt ihre Botschaft ungehört. Narges Mohammadi war Vizepräsidentin der Menschenrechtsorganisation Defenders of Human Rights Center, die 2008 von der iranischen Regierung verboten wurde. Mohammadi, bereits mehr als fünf Jahre inhaftiert, wurde aufgrund ihres Protests gegen die Todesstrafe im Iran 2021 erneut zu zweieinhalb Jahren Haft und 80 Peitschenhieben verurteilt. Laut Amnesty International wurde sie gefoltert und misshandelt und am 15. Jänner 2022 zu weiteren acht Jahren und zwei Monaten Haft sowie 74 Peitschenhieben verurteilt. Sie befindet sich zurzeit in Einzelhaft im Gefängnis Shar-e-Rey in Varamin nahe Teheran. Narges Mohammadi ist Mitglied der Amnesty-Aktionsgruppe Mediziner*innen. 2021 veröffentlichte sie das Buch „Weiße Folter“ („White Torture“ – erhältlich in Englisch). Als Weiße Folter gelten Foltermethoden, die vorrangig die Psyche der Gefangenen angreifen und diese dauerhaft schädigen. Die Opfer werden Schlafentzug, Kunstlicht, Beschallung, Einzelhaft und Sprechverboten ausgesetzt. Sie besitzen weder Bücher noch eine Uhr.

PETITION!
Auf amnesty.at findest du eine Petition für Narges Mohammadi.

*Von Siroos Mirzaei, Sprecher der Amnesty-Aktionsgruppe Mediziner*innen, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender von Hemayat. Der Leiter der Abteilung Nuklearmedizin in der Klinik Ottakring arbeitete u.a. wissenschaftlich über Folterdiagnostik mit molekularen Bildgebungsmethoden.*

**https://www.dw.com/de/narges-mohammadi-weil-ich-eine-frau-bin-werde-ich-so-hart-bestraft/a-57736947*

SIMBABWE

FOLTERVORWÜRFE UNTERSUCHEN

Bei einem regierungskritischen Protest „verschwanden" drei Aktivistinnen, wurden misshandelt – und sogar angeklagt.

CECILLIA CHIMBIRI, JOANNA MAMOMBE UND NETSAI MAROVA wurden am 13. Mai 2020 an einem Polizeikontrollpunkt in der Hauptstadt Harare festgenommen, weil sie einen regierungskritischen Protest angeführt hatten, der die staatlichen Maßnahmen gegen die Coronapandemie sowie die Hungersnot im Land thematisierte.
Am selben Tag fielen sie dem Verschwindenlassen zum Opfer und wurden in dieser Zeit gefoltert und sexuell genötigt.
Am 15. Mai 2020 fand man die Frauen mit zerrissener Kleidung und in schlechter körperlicher Verfassung in der Stadt Bindura. Sie wurden in ein Krankenhaus gebracht und wenige Tage später von der Polizei wegen „Versammlung zur Anstiftung zu öffentlicher Gewalt und Verletzung des Landfriedens" angezeigt. Im Krankenhaus wurden die drei Frauen von Gefängniswärter*innen und Polizist*innen bewacht, um sie daran zu hindern, mit der Presse zu sprechen. Nachdem sie angaben, einige ihrer Peiniger wiederzuerkennen, wurden sie am 10. Juni 2020 erneut festgenommen, unter dem Vorwurf die Foltervorwürfe erfunden zu haben. Am 26. Juni wurden sie gegen Kaution freigelassen. Weder das Verschwindenlassen von Cecillia Chimbiri, Joanna Mamombe und Netsai Marova noch ihre glaubwürdigen Vorwürfe über Folter und sexualisierte Gewalt wurden bisher untersucht. Der Prozess gegen die drei Frauen begann im Januar 2022 und ist noch im Gange.

KOLUMBIEN: UMWELTSCHÜTZERIN IM VISIER

SETZ DICH EIN!
Bitte schick beide Appellbriefe noch im September ab.

Auf **YULI VELÁSQUEZ**, die Vorsitzende des Verbands der Fischer*innen Santanders für Tourismus und Umwelt FEDEPESAN in Barrancabermeja, wurde am 5. Juli geschossen. Die zwei unbekannten Angreifer*innen trafen dabei ihren Bodyguard.
Schon zuvor wurden FEDEPESAN-Mitglieder bedroht und mit Waffengewalt angegriffen. Wir fordern die Nationale Einheit für Personenschutz auf, Yuli Velásquez Schutzmaßnahmen bereitzustellen, die dem hohen Risiko angemessen sind, dem sie und andere FEDPESAN-Mitglieder ausgesetzt sind.
Das ist der jüngste Angriff gegen Mitglieder der Organisation FEDEPESAN. Die Umweltschutzorganisation setzt sich für den Schutz der Menschenrechte sowie der Wasserreserven und des Ökosystems in der Region Magdalena Medio ein. Alle ihre Mitglieder sind in großer Gefahr.
FEDEPESAN (Federación de Pescadores artesanales, ambientalistas y turísticos del departamento de Santander) hatte öffentlich die Verschmutzung des Ciénaga San Silvestre im Großraum Barrancabermeja angeprangert. Der See versorgt rund 300.000 Menschen in der Region Magdalena Medio mit Wasser.
Kolumbien ist das gefährlichste Land der Welt für Menschen, die Landrechte verteidigen und sich für den Umweltschutz einsetzen.
Menschenrechtsverteidiger*innen riskieren jeden Tag ihr Leben, um ihre Gemeinschaften und die natürlichen Ressourcen zu schützen. Aufgrund dieses Engagements sind auch ihre Familien in Gefahr.

ANKLAGEN GEGEN SENATORIN KONSTRUIERT

Seit Februar 2017 ist die ehemalige Senatorin Leila de Lima im Gefängnis. Nun widerriefen zwei Belastungszeugen ihre Aussagen.

Die gewaltlose politische Gefangene und ehemalige Senatorin Leila de Lima

© privat

Am 9. August wies das Amt des philippinischen Ombudsmanns die Bestechungsvorwürfe gegen die gewaltlose politische Gefangene und ehemalige Senatorin Leila de Lima aufgrund von Ungereimtheiten in verschiedenen Zeugenaussagen zurück. Mehrere Zeugen, die im Zusammenhang mit Drogendelikten gegen Leila de Lima ausgesagt hatten, zogen vor einigen Monaten ihre Aussagen zurück. Die Entscheidung des Ombudsmanns weist einmal mehr darauf hin, dass Beweise konstruiert wurden, um die Senatorin strafrechtlich zu verfolgen. Die philippinische Regierung muss die noch ausstehenden Anklagen umgehend unparteiisch prüfen lassen, damit diese gegebenenfalls fallengelassen und Leila de Lima freigelassen werden kann.

SEIT FÜNF JAHREN IN HAFT. Die gewaltlose politische Gefangene und ehemalige Senatorin Leila de Lima, die seit ihrer Festnahme am 24. Februar 2017 in der Zentrale der philippinischen Nationalpolizei in Haft befindet, gehörte zu den unerschrockensten Kritiker*innen der unter der Regierung von Präsident Duterte begangenen Menschenrechtsverletzungen. In den fünf Jahren seit ihrer Festnahme hat Amnesty International wiederholt darauf hingewiesen, dass die Vorwürfe und Zeugenaussagen gegen sie konstruiert sind.
Am 9. August 2022 wies das Amt des Bürgerbeauftragten die direkten und indirekten Bestechungsvorwürfe gegen Leila de Lima und ihren ehemaligen Assistenten Ronnie Dayan zurück, die 2018 von einer Sonderabteilung desselben Amtes erhoben worden waren. Der Bürgerbeauftragte wies auf Ungereimtheiten in den Zeugenaussagen hin bezüglich der Art und Weise, in der Leila de Lima das angebliche Bestechungsgeld erhalten habe – z. B. was die genauen Teilbeträge und den persönlichen Erhalt der Gelder anging. Hierbei handelt es sich um Vorwürfe, die zusätzlich zu den drogenbezogenen Anklagen erhoben wurden, wegen denen die ehemalige Senatorin seit fünf Jahren vor Gericht steht, und die auf der Anschuldigung beruhen, sie und Ronnie Dayan hätten von dem ehemaligen Belastungszeugen und selbsterklärten Drogenhändler Kerwin Espinosa Geld erhalten und ihm im Gegenzug den Schutz seiner illegalen Aktivitäten versprochen.

ANGEBLICHE DROGENGELDER. Kerwin Espinosa hatte ursprünglich behauptet, er habe Leila de Lima während ihrer Amtszeit als Justizministerin über Ronnie Dayan insgesamt 8 Millionen PHP (etwa 142.000 EUR) an Drogengeldern zukommen lassen. Im Gegenzug solle er Schutz angesichts seiner eigenen Verwicklungen in den illegalen Drogenhandel erhalten.
In einer eidesstattlichen Erklärung, die dem Justizministerium am 28. April 2022 vorgelegt wurde, widerrief Kerwin Espinosa seine Aussage jedoch.
Rafael Ragos, ein ehemaliger leitender Beamter der Gefängnisbehörde, gab im April 2022 ebenfalls an, der ehemalige Justizminister Vitaliano Aguirre und andere hochrangige Beamt*innen hätten ihn gezwungen, gegen Leila de Lima „Lügen zu fabrizieren“.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief bis Mitte Oktober ab.

KLIMAWANDEL UND AUSBEUTUNG BEDROHEN EXISTENZEN

Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht Millionen Menschen in Bangladesch. Andere kämpfen schon jetzt ums Überleben, etwa Textilarbeiterinnen.

Bei Amnesty International Deutschland arbeitet eine Gruppe zu Bangladesch. Diese hielt einen Workshop ab, an dem das Amnesty Netzwerk Frauenrechte teilnahm. Dabei ging es um die Auswirkungen des Klimawandels auf Bangladesch und die Situation in der Textilindustrie.

Zusammenfassung von Barbara Wagner, Präsidentin von Amnesty Österreich und Mitglied des NW Frauenrechte

Bangladesch liegt in Südasien. Er grenzt im Süden an den Golf von Bengalen (Teil des indischen Ozeans, 688 km Seegrenze), im Südosten an Myanmar (278 km) und wird sonst von Indien umschlossen (3699 km).
Bangladesch ist das am dichtesten besiedelte Land der Welt. In der Hauptstadt Dhaka leben 13 Mio. Menschen. Es gibt drei große Flüsse, die das Land durchziehen, sich verzweigen und Delta bilden, die sich immer wieder verändern. Der größte Teil Bangladeschs wird vom Deltabereich der Flüsse Ganges (Padma) und Brahmaputra (Jamuna) sowie nach deren Zusammenfluss Meghna gebildet. Diese weite Ebene entstand durch Schwemmland. Sie ist von unzähligen Wasserläufen durchzogen und häufig von Überschwemmungen bedroht.
56 % der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Der Boden ist durch Anschwemmungen zur Schneeschmelze im Himalaya sehr fruchtbar. Reis ist die Hauptpflanze.

WASSERMANGEL UND HOCHWASSER. Ein Problem ergibt sich für Bangladesch durch in Indien gebaute Staudämme. Diese dienen der Bewässerung. In Indien wird dadurch viel Wasser aus den Flüssen entnommen. In Bangladesch kommt dann zu wenig Wasser an. Es gibt aber auch den gegenteiligen Effekt. Bei Hochwasser in Indien werden die Staudämme geöffnet und es kommt zu Überflutungen in Bangladesch. Daher werden in Bangladesch nun höhere Dämme gebaut. Die sind dann wieder schlecht für die Landwirtschaft.
Die Hauptstadt Dhaka liegt nur sechs Meter über dem Meeresspiegel. Im Mündungsbereich des Ganges und Brahmaputra erstrecken sich Mangrovengebiete über weite Teile entlang der Küste. Naturkatastrophen – Tornados, Überschwemmungen der Flüsse, sintflutartige Regenfälle sowie andererseits Trockenperioden – haben in Bangladesch oft katastrophale Folgen; die Probleme werden durch die Klimaveränderungen verschärft.
Die Ökologie in Bangladesch wird gestört, wenn bei Flut Wasser vom Golf von Bengalen ins Land gespült wird. Der Großteil des Landes liegt nur 10 Meter über dem Meeresspiegel. Wenn bei Flut Salzwasser ins Land gespült wird, sinkt die Fruchtbarkeit von Reis und Weizen auf 40 %. Durch den Klimawandel wird viel mehr überflutet. Das Salzwasser bleibt bei Anstieg des Meeresspiegels länger stehen und richtet so noch mehr Schaden an.

MILLIONEN BEDROHT. Ein möglicher Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter würde bereits verheerende Auswirkungen haben: Fast 30.000 Quadratkilometer Land würde überschwemmt. Mindestens 15 Millionen Menschen verlören ihre Wohnung.
Ein Sonderproblem ist die Shrimps Industrie, die in Bangladesch aufgebaut wurde. Davon profitieren nicht die Eigentümer*innen des Landes, sondern die Betreiber*innen der Shrimps Industrie. Auf ihrem Land werden Dämme für die Shrimps Industrie gebaut. Verlässt die Shrimps Industrie wieder das Land, ist der Boden nicht mehr fruchtbar. Männer gehen dann in die Stadt, um dort zu arbeiten (z.B. als Rikscha Fahrer). Frauen bleiben mit den Kindern zurück. Es ist ein sehr großes soziales Problem, wenn Land in Küstennähe unfruchtbar wird.

TEXTILINDUSTRIE: SCHLECHTER LOHN UND SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN. Bangladesch ist nach China weltgrößter Exporteur von Textilien, hauptsächlich nach Europa und in die USA. In diesem Wirtschaftsbereich sind ca. 3,5 Mio. Personen beschäftigt, davon etwa 80% Frauen, die wiederum etwa 20 Mio. Personen

versorgen. In Bangladesch gab es eine sehr renommierte Seidenindustrie. Sie ist nach wie vor eine große Einnahmequelle.
Die Einnahmen aus der Textilindustrie gingen durch die Covid-19-Pandemie stark zurück. Auch in Bangladesch gab es Lockdowns. Die Textilindustrie war zwar vom Lockdown ausgenommen, nicht aber die Busse, die die Näher*innen in die Fabriken brachten. Die Arbeiter*innen mussten teilweise sehr weite Strecken zur Arbeit gehen. Unterwegs bestand die Gefahr, dass die Polizei auf die Frauen trifft und heimschickt oder Geld verlangt.
Die Arbeitsbedingungen in den meisten Fabriken sind geprägt von niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und Gefahren. So brannte im Dezember 2013 die Tazreen-Textilfabrik aus, wobei mind. 117 Personen um Leben kamen, und beim Einsturz des sog. Rana-Plaza-Gebäudes im April 2014 verloren über 1.100 Personen ihr Leben.
Durch diese Unfälle und den Druck ausländischer Regierungen und NGOs hat die Regierung erste Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Textilarbeiter*innen zu verbessern. Diese werden allerdings nur sehr schleppend umgesetzt. So sollen Türen nicht mehr von außen abgeschlossen werden und vergrößert werden. Auch wurde der Mindestlohn von ca. € 28,- monatlich auf € 50,- erhöht. Aber auch diese Erhöhung ist unzureichend, da die meisten Beschäftigten ganze Familien ernähren müssen.
Viele Textilfirmen sind in der Nähe von Dakha. Dort sind die Mieten extrem hoch. Wenn die Näher*innen bereits über eine leistbare Unterkunft verfügen oder in einer Arbeiter*innenunterkunft wohnen, können sie vom Lohn leben. Wenn sie auf Grund des Jobs in der Textilindustrie erst etwas anmieten müssen, können sie vom Lohn nicht leben.
Positiv hervorgehoben wurde eine große Textilfirma, die Firma Square, die es gut macht und mehr als den Mindestlohn zahlt. Sie liefert auch an deutsche Hersteller. Das Ziel muss sein, dass alle Textilfirmen die Sicherheit verbessern und Löhne so erhöhen, dass die Näher*innen und ihre Familien davon leben und in Sicherheit arbeiten können.

FRAUEN IN BANGLADESCH

Frauen sind in einigen Bereichen nicht nur faktisch, sondern auch gesetzlich benachteiligt – z. B. bei der Beteiligung am Familienvermögen und im Erbrecht. Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet. 63 Prozent der Frauen geben an, zu Hause Gewalt zu erfahren, 60 Prozent der Männer finden diese Gewalt gerechtfertigt. Frauen sind stärker von Armut betroffen; viele leiden unter Lebensmittelmangel, weil Frauen und Mädchen in einem Haushalt oft schlechter zu essen bekommen.
Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation ASK wurden 2020 mindestens 2392 Fälle von Gewalt gegen Frauen gemeldet. Darunter waren 1,623 Vergewaltigungen (331 dieser Fälle betrafen Mädchen unter zwölf Jahren), 326 versuchte Vergewaltigungen und 443 Fälle tätlicher Angriffe. Unter den Betroffenen befanden sich auch indigene Frauen und Mädchen. Mindestens 440 Frauen und Mädchen wurden nach einem körperlichen Angriff, einer Vergewaltigung oder einer versuchten Vergewaltigung umgebracht.
Mehr zum Land auf amnesty-bangladesch.de.

RECHT AUF PROTEST IST WELTWEIT BEDROHT WIE NIE ZUVOR

Regierungen nutzen immer öfter Notstandsgesetze als Vorwand, um gegen Andersdenkende vorzugehen und Proteste zu unterbinden. Die Protestbewegungen wachsen dennoch. Millionen gehen auf die Straße.

Von Russland bis Sri Lanka, von Frankreich bis zum Senegal, vom Iran bis Nicaragua greifen staatliche Behörden zu immer neuen Mitteln, um organisierten Protest zu unterdrücken. Rund um den Globus kommt dazu eine ganzen Reihe von Maßnahmen zum Einsatz: Gesetze werden erlassen, Macht wird missbraucht, die rechtswidrige Überwachung sowohl von Einzelpersonen als auch von größeren Menschenmassen wird ausgeweitet, das Internet abgestellt und Online-Inhalte zensiert. Protestierende werden verleumdet und stigmatisiert. Marginalisierte und diskriminierte Gruppen stehen dabei besonders im Fokus.
Das Recht auf Protest wird in allen Teilen der Welt bedroht wie nie zuvor, zeigt Amnesty International mit dem aktuellen Bericht *Protect the Protest!: Why we must save our right to protest*.

KENNST DU DEINE RECHTE AUF DEMOS?
Bestell den Demo-Guide oder sieh ihn dir auf amnesty.at an.

GRÖSSTE PROTESTBEWEGUNGEN SEIT JAHRZEHNTEN. Umweltkrise, wachsende Ungleichheit, Bedrohung der Lebensgrundlagen, systemischer Rassismus oder geschlechtsspezifische Gewalt – angesichts der vielen Problemstellungen ist gemeinsames Handeln aktuell wichtiger denn je. „In den vergangenen Jahren haben wir einige der größten Protestmobilisierungen seit Jahrzehnten erlebt. Black Lives Matter, MeToo und die Klimabewegung inspirierten Millionen von Menschen weltweit dazu, auf der Straße und im Internet Klimagerechtigkeit, Gleichberechtigung und eine sichere Existenzgrundlage für alle zu fordern. Sie forderten das Eintreten gegen Rassismus und Diskriminierung und die Beendigung geschlechterspezifischer Gewalt. In anderen Teilen der Welt demonstrierten die Menschen zu Tausenden gegen teilweise tödliche Polizeigewalt, staatliche Repression und Unterdrückung“, sagte Agnès Callamard, Internationale Generalsekretärin von Amnesty International.
Die internationalen Menschenrechtsnormen schützen das Recht auf Protest durch eine Reihe separater Bestimmungen, die in verschiedenen internationalen und regionalen Verträgen verankert sind und zusammengenommen einen umfassenden Schutz für Proteste bieten. Auch wenn das Recht auf Protest nicht als eigenständiges Recht in den Menschenrechtsverträgen verankert ist, üben Menschen, die sich individuell oder kollektiv an Protesten beteiligen, eine Vielzahl von Rechten aus, wie etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung oder auf friedliche Versammlung. Diese Rechte werden mit der Unterdrückung von Protesten immer weiter gefährdet.

RESTRIKTIVE GESETZE, PAUSCHALE VERBOTE UND NOTSTANDSGESETZE. Zahlreiche Regierungen reagieren mit verschärften Gesetzen auf die Protestbewegungen – Gesetze, die das Protestrecht in unzulässiger Weise einschränken. In Griechenland und Zypern gab es beispielsweise während der Corona-Pandemie ein Pauschalverbot von Demonstrationen. In Großbritannien verlieh ein neues Gesetz Polizeikräften weitreichende Befugnisse, unter anderem auch die Erlaubnis, „laute Proteste“ zu beenden.
Im Senegal sind seit 2011 politische Demonstrationen im Stadtzentrum von Dakar verboten, was Proteste in der Nähe von Regierungsgebäuden unterbindet.
Verschiedene Regierungen nutzen immer öfter Notstandsgesetze als Vorwand, um gegen Andersdenkende vorzugehen.
Dies war beispielsweise in Thailand auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie zu beobachten.
In der Demokratischen Republik Kongo dagegen rief die Regierung im Mai 2021 einen „Belagerungszustand“ aus, der dem Militär und der Polizei weitreichende Befugnisse verschaffte, um Proteste in den Provinzen Ituri und Nord-Kivu niederzuschlagen.

Demonstration in Kiew am 8. März 2020 mit mehr als 3.000 Teilnehmer*innen. Hauptforderung war die Ratifikation der Istanbul Konvention. Im Juni 2022 ratifizierte das ukrainische Parlament die Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

© Amnesty Ukraine

DÄMONISIERUNG VON PROTESTIERENDEN. Regierungen in aller Welt rechtfertigen die von ihnen verfügten Einschränkungen mit dem Argument, dass Proteste eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellen. Sie stigmatisieren Protestierende und rücken sie in ein schlechtes Licht, indem sie sie als „Unruhestifter", „Randalierer" oder sogar „Terroristen" bezeichnen. So verteidigen die Behörden ihre Null-Toleranz-Ansätze wie die Einführung und den Missbrauch von vagen und drakonischen Sicherheitsgesetzen, den Einsatz brutaler Polizeigewalt und präventiver Abschreckungsmaßnahmen.
Diese Vorgehensweise konnte man in Hongkong beobachten, wo das Gesetz über die Nationale Sicherheit und seine weit gefasste Definition von „nationaler Sicherheit" willkürlich eingesetzt wurden, um Proteste einzuschränken.
Auch in Indien wird ein Antiterrorgesetz (Unlawful Prevention Activities Act, UAPA) und der Straftatbestand der „Aufwiegelung" gegen friedlich Protestierende, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen eingesetzt.

MILITARISIERUNG DER POLIZEI NIMMT ZU. Regierungen setzen schon seit langem auf aggressive Taktiken bei der Kontrolle von Protesten. Doch die Gewalt durch Sicherheitskräfte nimmt in den letzten Jahren weiter zu.
Sogenannte „weniger tödliche Waffen" wie Schlagstöcke, Pfefferspray, Tränengas, Blendgranaten, Wasserwerfer und Gummigeschosse werden von Sicherheitskräften regelmäßig missbräuchlich eingesetzt. Seit Anfang der 2000er-Jahre dokumentiert Amnesty einen Trend zur Militarisierung der staatlichen Reaktion auf Proteste, einschließlich des Einsatzes von Streitkräften und militärischer Ausrüstung. In Ländern wie Chile und Frankreich werden bei Protesten nicht nur Sicherheitskräfte in voller Kampfmontur eingesetzt, sondern darüber hinaus sind diese oft noch mit gepanzerten Fahrzeugen, Militärflugzeugen, Überwachungsdrohnen, Gewehren und Sturmwaffen, Blendgranaten sowie Schallkanonen ausgerüstet.
In Myanmar kam es 2021 nach dem Putsch zu Massenprotesten. Das Militär ging seit seiner Machtergreifung mit tödlicher Gewalt gegen die friedlich Protestierenden vor, wobei laut Beobachter*innen mehr als 2.000 Menschen getötet und mehr als 13.000 festgenommen wurden.

UNGLEICHBEHANDLUNG UND DISKRIMINIERUNG. Menschen, die aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion, Alter, Behinderung, Beruf oder aufgrund ihres sozialen, wirtschaftlichen oder Migrationsstatus diskriminiert werden, sind auch stärker in ihrem Recht auf Protest eingeschränkt und härteren Repressionen ausgesetzt. Frauen, LGBTI+ und nicht geschlechtskonforme Menschen erleben beispielsweise unterschiedliche Arten von geschlechtsspezifischer Gewalt und Ausgrenzung. Außerdem sind sie mit sozialen Normen und diskriminierenden Gesetzen konfrontiert.

© Bruno Fert

USA

HÖCHSTGERICHT KIPPTE RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Amnesty International kritisiert die Entscheidung des US-amerikanischen Supreme Court als de facto Aberkennung des Rechts, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen.

Es war ein bitterer Tag im Kampf um reproduktive Rechte in den USA: Der Supreme Court fällte am 24.Juni 2022 das Urteil, die Grundsatzentscheidung im Fall Roe v. Wade aufzuheben. Mit seinem Urteil hat der Supreme Court Millionen Frauen den sicheren und legalen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch genommen. Millionen gebärfähiger Menschen in den Vereinigten Staaten sind zukünftig damit konfrontiert, höchst persönliche Entscheidungen, die ihren Körper betreffen, nicht mehr selbst treffen zu können. Die Entscheidung ist das Ergebnis jahrzehntelanger diskriminierender Bestrebungen zur Kontrolle der Körper von Frauen, Mädchen und Menschen, die schwanger werden können.
Von nun an werden ungewollt Schwangere gezwungen, Schwangerschaften gegen ihren Willen auszutragen. Wenn sie es sich nicht leisten können, tausende Kilometer in einen anderen Bundesstaat zu reisen, werden sie gezwungen, sich auf unsichere Schwangerschaftsabbrüche einzulassen, die ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Besonders marginalisierte Menschen benachteiligt dies noch einmal mehr.

WEITERE KRIMINALISIERUNG KÖNNTE FOLGEN.
Das Urteil ebnet den Weg für eine noch nie dagewesene staatliche Gesetzgebung zur Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie für weitere Gesetzesentwürfe, die darauf abzielen, Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten ihre Menschenrechte zu entziehen. Dazu gehören auch mögliche Gesetzesentwürfe, die den Zugang zu Geburtenkontrolle oder die Gleichberechtigung der Geschlechter betreffen.

Überall auf der Welt kämpfen Menschen, allen voran Frauen, für reproduktive Rechte und haben in den letzten Jahrzehnten wich-

tige Fortschritte erwirkt. Etwa in Argentinien, Nordirland und Südkorea wurden kürzlich Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert. Der Entscheid des Supreme Court in den USA stellt einen herben Rückschlag für reproduktive Rechte dar und könnte erst der Anfang äußerst besorgniserregender Entwicklungen sein.

VERBOTE VERHINDERN NICHT. Die folgenden sieben Fakten über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch machen deutlich, warum wir nicht aufhören dürfen, uns mit aller Kraft für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einzusetzen:

▶ Die Einschränkung von Schwangerschaftsabbrüchen stoppt Schwangerschaftsabbrüche nicht. Sie macht sie nur gefährlicher.

▶ Fast alle Todesfälle und Verletzungen durch unsichere Schwangerschaftsabbrüche sind vermeidbar.

▶ Die Kriminalisierung oder Einschränkung von Schwangerschaftsabbrüchen hindert Ärzt*innen daran, eine Grundversorgung zu gewährleisten.

▶ Es sind nicht nur cisgender Personen, die Schwangerschaftsabbrüche brauchen.

▶ Jede Person, die schwanger werden kann, hat das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch.

▶ Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ist eine Form der Diskriminierung, die die Stigmatisierung weiter verstärkt.

▶ Der Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch ist eine Frage der Menschenrechte.

▶ Der Schutz der Menschenrechte beginnt gemäß internationalem Recht mit der Geburt.

KANADA: INDIGENE IN GEFAHR

In Kanada sind Angehörige der Wet'suwet'en First Nation, die für ihre Landrechte kämpfen, von schweren Menschenrechtsverletzungen bedroht.

In der kanadischen Provinz British Columbia müssen Angehörige der Wet'suwet'en First Nation, die gegen den Bau der Coastal GasLink Pipeline kämpfen, um ihre Sicherheit fürchten. Laut Angaben einiger indigenen Sprecher*innen sollten die Bohrungen unter dem Fluss Wedzin Kwa (auch als Morice River bekannt) bereits im August beginnen.
Der Fluss dient als eines der letzten Vorkommen für sauberes Trinkwasser auf dem Territorium der Wet'suwet'en und ist ein Laichgebiet für Lachse. Friedliche Protestierende und Landrechtsverteidiger*innen besetzen seit September 2021 den Bohrplatz. Der Minister für Öffentliche Sicherheit in British Columbia erteilte der Militärpolizei die Befugnis, im Rahmen einer von der Firma Coastal GasLink erhaltenen gerichtlichen Verfügung alle Landrechtsverteidiger*innen festzunehmen und aus dem Territorium zu entfernen. Es besteht somit Anlass zur Sorge, dass den Landrechtsverteidiger*innen im Rahmen weiterer Festnahmen in diesem Jahr schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

EINWILLIGUNG FEHLT. Die sogenannten Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en sind die traditionell anerkannten Sprecher*innen der First Nation, sowohl gemäß den Gesetzen der Wet'suwet'en als auch laut der Delgamuukw-Entscheidung des kanadischen Obersten Gerichtshofs von 1997. Obgleich einige gewählte Regierungen der First Nations Vereinbarungen mit der Firma unterschrieben haben, haben die Hereditary Chiefs der Coastal GasLink Pipeline nie zugestimmt. Angehörige der Wet'suwet'en, die sich friedlich für die ihnen zustehenden Landrechte einsetzen, werden nach eigenen Angaben schikaniert, eingeschüchtert, vertrieben und von der berittenen Polizei (Royal Canadian Mounted Police – RCMP) sowie den Sicherheitsleuten der Firma kriminalisiert.
Im Mai äußerte der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung von rassistischer Diskriminierung in einem dritten Brief an Kanada seine Sorge über die eskalierende Gewaltanwendung, Überwachung und Kriminalisierung von Landrechtsverteidiger*innen und friedlichen Protestierenden durch die RCMP und private Sicherheitsleute.

SEXUALISIERTE GEWALT GEGEN INDIGENE FRAUEN

In den USA sind indigene Frauen in hohem Maße sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Die Regierung versagt, indigene Frauen vor Gewalt und Missbrauch zu schützen.

Die US-Regierung verstößt weiterhin gegen ihre Verpflichtungen, die Menschenrechte indigener Frauen zu schützen. Das dokumentiert ein aktueller Bericht von Amnesty International, der kürzlich veröffentlicht wurde. Danach hat die sexualisierte Gewalt gegen indigene Frauen sowohl in Alaska als auch im US-amerikanischen Kernland epidemische Ausmaße erreicht.
Der englischsprachige Bericht *The Never-ending Maze: Continued failure to protect Indigenous women from sexual violence in the USA* zeigt, dass die Politik der US-Regierung die Autorität indigener Selbstverwaltungsbehörden untergräbt, indigene Gesundheitsdienste und Strafverfolgungsbehörden chronisch unterfinanziert sind und die Rechtsprechung absichtlich kompliziert gestaltet ist.
Rechtlich macht es einen großen Unterschied, ob eine Straftat auf einem Gebiet der indigenen Bevölkerung stattgefunden hat oder nicht und auch, ob die Täter*innen und/oder Opfer aus der indigenen Bevölkerung stammen oder nicht. Beides hat Auswirkungen auf die juristische Zuständigkeit, wie der Bericht deutlich herausarbeitet.

© Amnesty-Bericht

BESCHÄMENDES ERBE. „Das Versagen der US-Regierung, indigene Frauen vor diesem Ausmaß sexualisierter Gewalt zu schützen, beruht auf einem beschämenden Erbe aus tief verwurzelter Marginalisierung, Missbrauch und Verfolgung“, sagt Tarah Demant, Interimsdirektorin für programmatische Arbeit, Advocacy und Regierungsangelegenheiten bei Amnesty International USA.
Sexualisierte Gewalt gegen indigene Frauen ist kein neues Phänomen. Seit der europäischen Kolonisierung sind indigene Frauen in hohem Maße von Gewalt betroffen - bis heute. „Die indigenen Frauen können nicht länger auf Gerechtigkeit warten. Die US-Regierung muss die notwendigen Ressourcen und den politischen Willen mobilisieren, um dieses kaputte System zu reparieren“, fordert Tarah Demant.
Für Opfer sexualisierter Gewalt ist es nahezu unmöglich, Gerechtigkeit zu erlangen. Bereits 2007 hatte Amnesty International USA in einem Bericht darauf hingewiesen, dass indigenen Frauen oftmals das Recht auf Gerechtigkeit und das Recht auf Freiheit vor Gewalt verwehrt werden. Auch 15 Jahre später haben vereinzelte Gegenmaßnahmen kaum etwas an der erschreckend hohen Rate sexualisierter Gewalt geändert.

DOPPELT SO HOHE RATE AN SEXUALISIERTER GEWALT ALS IM NATIONALEN DURCHSCHNITT. Daten der US-Regierung belegen, dass mehr als die

Bereits bei eine Kampagne gegen Waffengewalt 2018 wurde offenkundig, dass indigene Frauen unverhältnismäßig stärker betroffen sind.

Hälfte der indigenen Frauen in Alaska und im US-Kernland sexualisierte Gewalt erlebt haben – das übertrifft den nationalen Durchschnitt um mehr als das Doppelte. Tatsächlich könnten die Zahlen der Fälle von sexualisierter Gewalt sogar noch höher liegen: da die US-Regierung keine angemessenen und einheitlichen Daten über Gewalttaten an indigenen Frauen erhebt, ist das nicht belegbar.
So bleiben bei den Erhebungen oft relevante Faktoren unklar, beispielsweise die Frage, ob die Betroffene und/oder der Beschuldigte Angehörige einer staatlich anerkannten ethnischen Gruppe sind oder ob die Straftat auf dem Gebiet einer indigenen Bevölkerung Indian Reservation begangen wurde. Die daraus resultierenden unklaren Zuständigkeiten und Unsicherheiten bei Polizei, Rechtsbeiständen und Gerichten gehen soweit, dass letztendlich niemand tätig wird und den Überlebenden sexualisierter Gewalt der Zugang zur Justiz verwehrt bleibt.

UNKLARE ZUSTÄNDIGKEITEN FÖRDERN STRAFLOSIGKEIT. Darüber hinaus wirkt sich die Geschichte der systematischen Diskriminierung und Voreingenommenheit gegenüber der indigenen Bevölkerung in den USA negativ auf das Vertrauensverhältnis zwischen den indigenen Gemeinschaften und den Strafverfolgungsbehörden aus. Viele Überlebende zeigen die erlebte Gewalt gar nicht an. Außerdem sind angemessene und rechtzeitige gerichtsmedizinische Untersuchungen im Falle eines sexualisierten Übergriffs bei weitem nicht garantiert.
So wird die zuständige Behörde des Indian Health Service durch die US-Regierung nicht ausreichend finanziert, und die Gesundheitseinrichtungen sind unterbesetzt.

AMNESTY-FORDERUNG: INDIGENE GERICHTSBARKEIT MUSS WIEDERHERGESTELLT WERDEN. Amnesty International fordert die US-Regierung auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die sexualisierte Gewalt gegen indigene Frauen zu beenden. Dazu gehört die vollständige Wiederherstellung der indigenen Gerichtsbarkeit über Verbrechen, die in den Gebieten der indigenen Bevölkerung begangen werden. Außerdem müssen die entsprechenden Bundesmittel aufgestockt werden, um sicherzustellen, dass Strafverfolgung und Gerichtsverfahren zu Gerechtigkeit führen. Die US-Regierung muss außerdem dafür sorgen, dass die indigenen Gemeinschaften über angemessene Mittel und Ressourcen verfügen, um die Strafverfolgung, die Gesundheitsversorgung und die Datenerhebung zu sexualisierter Gewalt gegen indigene Frauen sicherstellen zu können.

Migrant*innen aus Venezuela übernachten in Kolumbien im Freien.
© Amnesty International/Sergio Ortiz

FRAUEN AUF DER FLUCHT

IM STICH GELASSEN

Aus Venezuela geflüchtete Frauen sind in Peru und Kolumbien Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Der kolumbianische und der peruanische Staat sind weitgehend abwesend, wenn es darum geht, das Recht auf ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung für geflüchtete venezolanische Frauen zu garantieren, zu schützen und zu respektieren. Viele sind in allen Lebensbereichen geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt, so Amnesty International im Bericht *Unprotected: Gender-Based Violence Against Venezuelan Refugee Women in Colombia and Peru* vom Juni 2022.

MEHR ALS SECHS MILLIONEN MENSCHEN sind in den letzten Jahren wegen massiver Menschenrechtsverletzungen aus Venezuela geflohen. Kolumbien und Peru haben die meisten Venezolaner*innen aufgenommen und beherbergen zusammen mehr als 50 % aller Menschen, die aus Venezuela geflohen sind (1,84 Millionen bzw. 1,29 Millionen). Amnesty International ist der Ansicht, dass die Venezolaner*innen internationalen Schutzes bedürfen und das Recht haben, die Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus zu beantragen.
Dieser Bericht zeigt auf, wie geflüchtete Frauen, die 50 % bzw. 58 % der venezolanischen Bevölkerung in Kolumbien und Peru ausmachen, aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Nationalität in allen Bereichen ihres Lebens Gewalt und Diskriminierung erfahren. Im öffentlichen Raum sind sie sowohl entlang der Migrationsrouten als auch an den Orten, an denen sie sich niederlassen, Angriffen ausgesetzt. In der Familie sind sie mit wirtschaftlicher, körperlicher und sexueller Gewalt konfrontiert, vor allem durch Partner oder ehemalige Partner. Und in der Arbeitswelt erleben sie verschiedene Formen von Gewalt und Arbeitsausbeutung, einschließlich des Einsatzes von Arbeitskräften zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.
Angesichts dieser allgegenwärtigen Gewalt ist Amnesty International zu dem Schluss gekommen, dass die Staaten Kolumbien und Peru ihrer Verpflichtung, den venezolanischen Flüchtlingsfrauen ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung zu garantieren und den Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt Zugang zur Justiz zu gewähren, offensichtlich nicht nachkommen.

GEWALT WIRD NICHT GEMELDET. „Viele venezolanische Frauen, die Opfer männlicher Gewalt sind und deren Leben bedroht ist, ziehen es vor, sich nicht zu melden, weil sie befürchten, aufgrund ihres Dokumentenstatus aus dem Land ausgewiesen zu werden. Die Gewalt und die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, werden durch das Fehlen spezieller Maßnahmen zu ihrer Unterstützung und ihrem Schutz noch verschärft. Die Regelung

Ich bin hier in Lima zweimal Opfer einer versuchten Vergewaltigung geworden... und die Vergewaltigungsversuche fanden auf der Straße statt. Außerdem wollte die Polizei meine Anzeige nicht akzeptieren, denn - was hätte ich denn um 6.30 Uhr morgens auf der Straße verloren…

Mariana, eine Venezolanerin in Peru

ihres Migrationsstatus ist ein grundlegender Schritt, damit sie die Gewalt, die sie erleben, melden können", sagte Marina Navarro, Geschäftsführerin von Amnesty Peru.
In der ersten Hälfte des Jahres 2022 wurden umfangreiche Recherchen durchgeführt, sowohl virtuell als auch vor Ort, darunter Besuche in Lima und Tumbes in Peru sowie in Bogotá, Cúcuta und Soacha in Kolumbien. Für diesen Bericht befragte Amnesty International 63 geflüchte venezolanische Frauen und führte 45 Forschungsinterviews mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter venezolanischen Frauenorganisationen, internationalen Organisationen wie dem Hohen Flüchtlingskommissar der UNO (UNHCR) und UN Women sowie staatlichen Institutionen.

VORURTEILE SCHÜREN GEWALT. Offiziellen Zahlen zufolge ist die geschlechtsspezifische Gewalt gegen venezolanische Flüchtlingsfrauen in Kolumbien zwischen 2018 und 2021 um 71 % und in Peru zwischen 2019 und 2021 um 31 % gestiegen. Fremdenfeindlichkeit, der Migrationsstatus, Mythen über ausländische Staatsangehörige, die Sicherheitsprobleme verursachen und Vorurteile im Zusammenhang mit der Sexualität von Frauen, gepaart mit gesellschaftlich vorgegebenen Geschlechterrollen, erhöhen die Risiken für Frauen auf der Flucht.
„Sie sagten, dass wir hierher gekommen sind, um die Familien zu zerstören, dass wir alle Prostituierte sind. Obwohl das bei weitem nicht der Fall ist, beschuldigen sie uns alle und sagen, wir seien ein schlechter Einfluss, dass wir nutzlos seien. Warum gehen wir nicht in unser eigenes Land zurück, hier gibt es nichts für uns", berichtet Estefanía, eine geflüchtete Venezolanerin in Kolumbien.

Es gibt mehrere Bereiche, in denen der Staat sowohl in Kolumbien als auch in Peru versagt hat, um Schutz zu gewährleisten.
Erstens haben venezolanische Frauen keinen effektiven Zugang zu internationalem Schutz und gesetzlich geregelten Verfahren für die Migration, was ein wesentliches Hindernis für die Gewährleistung des Schutzes ihrer anderen Rechte darstellt.
Zweitens garantieren Kolumbien und Peru venezolanischen Frauen nicht das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu Justiz und Gesundheitsdiensten. Neben vielen Unzulänglichkeiten bei den staatlichen Maßnahmen in beiden Ländern zeigt die Untersuchung, dass die für die Bedürfnisse der Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt zuständigen Beamt*innen nicht über die Rechte, Betreuungswege und Schutzmaßnahmen informiert sind, die venezolanischen Frauen zustehen. Darüber hinaus werden die mangelnde Verfügbarkeit von und der fehlende Zugang zu Notunterkünften sowie das Fehlen angemessener statistischer Informationen aufgedeckt.

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT die kolumbianischen und peruanischen Behörden auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass venezolanische Frauen ein Leben frei von Gewalt und ohne Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Nationalität und ihres Migrationsstatus führen können. Die Regierungen sollten die Stigmatisierung und Diskriminierung venezolanischer Frauen bekämpfen, ihren Zugang zu internationalem Schutz sicherstellen, einen effektiven Zugang zur Justiz gewährleisten, die Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt verbessern und eine umfassende Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Wenn Dir die Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen am Herzen liegen, informiere Dich auf der Website des Amnesty-Netzwerks Flucht & Migration oder arbeite mit in der Gruppe.
flucht-migration.amnesty.at

MARGINALISIERTE GRUPPEN DURCH CORONA-MASSNAHMEN NOCH STÄRKER DISKRIMINIERT

Menschen, die ohnehin schon unter gesellschaftlicher Ausgrenzung leiden, erleben in der Pandemie noch zusätzliche Diskriminierung und Repression.

Für marginalisierte Gruppen wie LGBTI+, Sexarbeiter*innen, Drogennutzer*innen und Obdachlose gingen die Corona-Maßnahmen unverhältnismäßig häufig mit zusätzlicher Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen einher. Das zeigt ein Bericht, der sich auf eine Online-Umfrage unter 54 zivilgesellschaftlichen Organisationen in 28 Ländern stützt.

Der Bericht dokumentiert die Folgen der pandemiebedingten Einschränkungen weltweit. Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass Gruppen, die ohnehin bereits unter gesellschaftlicher Ausgrenzung leiden, im Zuge einer scharfen Durchsetzung der Corona-Bestimmungen noch stärker Gefahr liefen, durch Sicherheitskräfte schikaniert und gewaltsam angegriffen zu werden – zum Beispiel durch Geldstrafen, Festnahmen und Inhaftierungen bei Nichteinhaltung der Gesundheitsschutzmaßnahmen.

ARME BESONDERS BETROFFEN. Außerdem haben strenge Corona-Maßnahmen weltweit dazu geführt, dass der Zugang zu wichtigen Diensten und Hilfsleistungen weiter erschwert wurde. Davon waren insbesondere Menschen betroffen, die in Armut leben oder systematisch diskriminiert werden.

Zwar wurden in vielen Ländern sozialpolitische Schutzmaßnahmen ergriffen, doch vernachlässigten die Regierungen dabei den sozialen und wirtschaftlichen Kontext, in dem diese Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Nur in den seltensten Fällen waren die zur Verfügung gestellten Hilfspakete für die am stärksten marginalisierten Gruppen wirklich umfassend.

Die negativen Folgen für Gruppen wie LGBTI+ in Sambia und Kirgisistan, Sexarbeiter*innen in Argentinien und Frankreich, Drogenkonsument*innen in Mexiko und Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch

© 2541163 AUF PIXABAY

Amnesty-Bericht: THERE IS NO HELP FOR OUR COMMUNITY" THE IMPACT OF STATES' COVID-19 RESPONSES ON GROUPS AFFECTED BY UNJUST CRIMINALIZATION

WAS DU TUN KANNST

Informiere Dich auf der Website des Amnesty-NETZWERKS FRAUENRECHTE über aktuelle Berichte, Petitionen und Aktionen und melde Dich für den monatlichen Newsletter an: *frauenrechte.amnesty.at*
Mitarbeit in unserer Gruppe ist jederzeit sehr willkommen.
Schreib an *frauenrechte@amnesty.at*

WENN DU KANNST, UNTERSTÜTZE BITTE DAS NETZWERK FRAUENRECHTE MIT EINER SPENDE
Spendenkonto IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326
Verwendungszweck: NW Frauenrechte

in Indien benötigen, sind nur einige davon. Amnesty International fordert die Regierungen weltweit auf, für alle künftigen Pandemie-Maßnahmen einen menschenrechtsbasierten Ansatz zu wählen. Die vier wichtigsten Lehren, die gezogen werden müssen, sind:

KEINE STRAFMASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER ÖFFENTLICHEN GESUNDHEIT. Bestrafung war für viele Regierungen wichtiger als Unterstützung, und die Regeln zum Gesundheitsschutz wurden häufig von Sicherheitskräften durchgesetzt. Dies bedeutete, dass Menschen, die sich nicht einfach in Quarantäne begeben oder zu Hause bleiben konnten – wie zum Beispiel Obdachlose oder Sexarbeiter*innen, die nicht von zu Hause aus arbeiten konnten – noch stärker Gefahr liefen, kriminalisiert oder zur Zielscheibe von Menschenrechtsverletzungen durch die Behörden zu werden.

UNTERSTÜTZUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN. Gesundheitsleistungen wie Schwangerschaftsabbrüche, Verhütung, eine angemessene Gesundheitsversorgung für alle Geschlechtsidentitäten sowie Dienste für Drogennutzer*innen sind als „essentiell“ zu betrachten und im Rahmen systemrelevanter Arbeit aufrecht zu erhalten. Dies war während der Pandemie allerdings nicht der Fall, weshalb diejenigen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen wollten, vor unnötigen Hürden standen. Bestimmte Unterstützungsleistungen, die sie für ihre Sicherheit und die bessere Einhaltung der Corona-Bestimmungen benötigt hätten, blieben ihnen vorenthalten.

DIE URSACHEN VON AUSGRENZUNG BEKÄMPFEN. Das mit ihrer Kriminalisierung einhergehende Stigma führte dazu, dass bestimmte marginalisierte Gemeinschaften häufig für die Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht wurden. Die Betroffenen zögerten folglich, gesundheitliche oder soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen, da sie befürchteten, verurteilt, festgenommen, inhaftiert oder anderweitig bestraft zu werden.

MARGINALISIERTE PERSONEN UND GRUPPEN EINBEZIEHEN. Ungerechtfertigte Kriminalisierung führte dazu, dass Personen und Organisationen, deren Wissens- und Erfahrungsschatz in die Pandemiebewältigung hätte einfließen können, häufig nicht angemessen konsultiert oder einbezogen wurden. Ein angemessener Menschenrechtsschutz hingegen würde für einen besseren Gesundheitsschutz aller sorgen.

IST DIE SCHWEIZ BALD DAS EINZIGE LAND OHNE KONZERNVERANTWORTUNG?

Immer mehr Länder in Europa verabschieden Konzernverantwortungsgesetze. Im Februar hat auch die EU einen Gesetzesentwurf vorgelegt, damit Konzerne Menschenrechte und Umweltstandards respektieren. Deshalb fordert Amnesty Schweiz Bundesrat und Parlament auf, jetzt ein griffiges Schweizer Konzernverantwortungsgesetz auszuarbeiten.

Die Konzernverantwortungsinitiative wurde 2020 zwar von einer Mehrheit der Stimmbevölkerung angenommen, sie scheiterte aber an den Stimmen der Kantone. Anfang 2022 trat deshalb ein Alibi-Gegenvorschlag in Kraft. Der Geltungsbereich des bereits vielfach kritisierten Gegenvorschlags wird durch die vom Bundesrat erlassene Verordnung zusätzlich dermaßen eingeschränkt, dass das schwache Gesetz endgültig zur Farce verkommt. Für angerichtete Schäden müssen die Konzerne in der Schweiz weiterhin nicht geradestehen.

Um den Bundesrat an sein Versprechen zu erinnern, lanciert die Koalition für Konzernverantwortung eine große Petition: In 100 Tagen wollen sie 100.000 Unterschriften sammeln. Damit Konzerne auch in der Schweiz für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung geradestehen müssen. *Mehr auf amnesty.ch*

HASS UND GEWALT AN FRAUEN STOPPEN!

Kunstprojekt auf dem Bauzaun des Wien Museums. Das Street-Art-Kollektiv *Feminist Killjoy* will damit auf ein andauerndes Gewaltproblem hinweisen.

Die Regierung und alle Behörden haben die Pflicht, Hass und Gewalt an Frauen* zu stoppen. In Österreich muss sich Grundlegendes verändern. Ein Pädoyer der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser.

Österreich hat ein enormes Gewaltproblem. Hass und Gewalt generell, aber vor allem geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen werden laufend verharmlost, verschwiegen, verleugnet, beschwichtigt, heruntergespielt, verzerrt und nicht ernst genug genommen. Zu viele Frauen, die Hilfe suchen, werden von der Regierung und von den Behörden im Stich gelassen. Gewaltausübende Täter werden in Schutz genommen, es gibt zu wenig klare und wirksame Konsequenzen. Frauenverachtendes, toxisches, patriarchales Gewaltverhalten und Hass gegen Frauen wird geduldet, anstatt es zu ahnden. Daher haben viele Menschen und vor allem zu viele Frauen das Vertrauen in den Staat und in die Behörden verloren.

GEWALT ZU STOPPEN IST EINE VERPFLICHTUNG. Eine Änderung bzw. ein deutlicher Wandel – so wie es die Istanbul-Konvention von Österreich fordert – kann nur ernsthaft geschehen, wenn sich das staatliche Management ändert. Diese Änderung muss von „oben", von der Regierung, von der Spitze der Gesellschaft kommen und angeordnet werden. Die Politik hat nicht nur die Aufgabe, sondern die Pflicht, Gewalt zu stoppen. Alle müssen Verantwortung übernehmen: die Regierung und alle Politiker*innen, Polizei und Justiz, Sozialarbeiter*innen, Unternehmen, Vereine, Medien. Sie alle müssen zur grundlegenden Änderung in der Gesellschaft beitragen. Alle haben die Pflicht, Gewalt zu stoppen und zu verhindern, Opfer zu schützen und Gewaltausübende so rasch wie möglich in die Verantwortung zu nehmen.

ERKENNEN DER GEWALT KANN GEWALT UND HASS STOPPEN. Gewalt muss klar definiert werden. Alle sollen wissen, was Gewalt ist, wo sie beginnt, welche Dynamiken dahinterstecken und welche Täterstrategien es gibt. Alle sollen wissen, wie gekonnt Gewalttäter manipulieren, beeinflussen und von ihren Gewalttaten ablenken können. Wenn alle eine klare Haltung einnehmen und klar und deutlich danach handeln, kann Gewalt generell und Gewalt an Frauen und Kindern gestoppt werden.
All jene, die noch nicht wissen, was Gewalt und Hass bedeutet, was und wieviel Leid und Schmerzen Hass und Gewalt anrichten und verursachen und was das für Betroffene bedeutet, müssen es lernen. Es braucht daher verpflichtende Schulungen für all jene, die nicht bereit sind, Gewalt zu erkennen und zu beenden. Auch Medienleute können sich schulen lassen: Jede*r Journalist*in kann an Seminaren, die der Verein AÖF ab Herbst wieder anbietet, teilnehmen.

ALLE KÖNNEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN. Nicht nur die staatlichen Behörden, sondern alle in der Zivilgesellschaft können an diesem grundlegenden Klimawandel mitwirken. Niemand braucht mehr eine Ausrede. Alle – auch Männer – können sich bei *StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt* engagieren, aktiv mitwirken und Methoden der Zivilcourage gegen Partnergewalt und Gewalt an Frauen und Kindern lernen. Positive Vorbilder und vor allem positive Männerbilder braucht unser Land. Davon profitieren vor allem Kinder und Jugendliche. Mehr Informationen über StoP unter stop-partnergewalt.at

FINANZIELLE INVESTITION IN DIE SICHERHEIT. Gewalt an Frauen und Kindern und Partnergewalt ist sehr teuer, sie kostet den Staat jährlich mindestens 4 Milliarden Euro an Ausgaben. Daher muss vor allem in die Gewaltprävention und in die Sicherheit der Betroffenen investiert werden.
Aus einer Aussendung von aoef.at

Die Morde an Frauen in Österreich stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an – von 2014 bis 2018 haben sie sich verdoppelt. 22 mutmaßliche Femizide und 21 Mordversuche bzw. Fälle schwerer Gewalt zählte AÖF bis August 2022.

MEHR SCHUTZ FÜR 24H-BETREUERINNEN

Petitionsübergabe an Sozialminister Rauch: 18.646 Menschen fordern mit uns faire Arbeit für Betreuer*innen.

24h-Betreuung ist ein wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems. Doch die Betreuer*innen werden in Österreich nicht ausreichend geschützt und arbeiten häufig unter prekären Bedingungen. Im Rahmen der Kampagne „24 Stunden unverzichtbar“ fordert Amnesty International besseren Schutz und faire Arbeitsbedingungen für Betreuer*innen. 18.646 Menschen unterstützen diese Forderung und haben mit ihrer Unterschrift ihre Stimmen für die Betreuer*innen erhoben. Zum Abschluss der Kampagne übergab Amnesty Österreich-Geschäftsführerin Annemarie Schlack am 26. Juli die Petition mit allen gesammelten Unterschriften an Sozialminister Johannes Rauch, der sich für Verbesserungen einsetzen will: „Die 24-h-Betreuung ist eine wesentliche Säule des Versorgungssystems für ältere Menschen. Ich nehme daher die Forderungen der vorliegenden Petition sehr ernst und setze mich weiterhin für spürbare Verbesserungen in diesem Bereich ein.“

24 STUNDEN UNVERZICHTBAR. In Österreich arbeiten mehr als 60.000 Betreuer*innen mit Gewerbeberechtigung. Ihre Arbeit ist unverzichtbar, für die Menschen, die sie betreuen, und für die gesamte Gesellschaft.
Doch die Betreuer*innen arbeiten häufig unter unfairen, unsicheren und prekären Bedingungen. Ihre Rechte werden in Österreich nicht geschützt. Die COVID-19 Pandemie hat die Situation der Betreuer*innen häufig noch verschärft und ihre prekären Arbeitsbedingungen in den Fokus gerückt. Die österreichischen Behörden müssen daher dringend Maßnahmen ergreifen, um die Situation von Betreuer*innen zu verbessern.
Jetzt ist es an der Zeit, zu handeln: Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen dringend angepasst werden, um besseren Schutz für Betreuer*innen zu gewährleisten. Die verpflichtende Zertifizierung der Agenturen soll Qualität und Sicherheit für alle – für die Betreuer*innen, aber auch für die betreuten Personen und Angehörige – sichern.
Zeitgleich zur Petitionsübergabe veröffentlichte Amnesty, IG24 und CuraFAIR einen offenen Brief an Sozialminister Johannes Rauch und Arbeitsminister Martin Kocher, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. „Es wird Zeit, dass wir die Betreuer*innen rechtlich absichern und die angekündigten Maßnahmen nun tatsächlich auf den Boden gebracht werden”, so Annemarie Schlack.
Die von der Regierung angekündigten Maßnahmen müssen im Herbst konkretisiert und tatsächlich umgesetzt werden.

Annemarie Schlack, Geschäftsführerin bei Amnesty International Österreich, übergab die Petition mit 18.646 Unterschriften an Bundesminister Johannes Rauch.

DANKE FÜR EUREN EINSATZ!
18.646 Menschen haben mit ihrer Stimme gezeigt, dass sie für faire Arbeitsbedingungen eintreten. Wir möchten uns bei allen Unterstützer*innen der Kampagne für ihren Einsatz und ihre Solidarität herzlich bedanken.

DIES & DAS

„Die Frau hat Jahrhunderte lang als Lupe gedient, welche die magische und köstliche Fähigkeit besaß, den Mann doppelt so groß zu zeigen wie er von Natur aus ist.“

Virginia Woolf,
britische Schriftstellerin und Verlegerin, 1882 – 1941

SINGAPUR: HOMOSEXUELLE BEZIEHUNGEN BALD STRAFFREI. In Singapur sollen homosexuelle Beziehungen nicht mehr länger strafbar sein. Regierungschef Lee Hsien Loong kündigte im August die baldige Abschaffung eines entsprechenden Strafgesetzes an, das noch aus der britischen Kolonialzeit stammt. An der Definition der Ehe soll allerdings nichts geändert werden. Noch 2007 hatte die damalige Regierung für die Beibehaltung des alten Gesetzes gestimmt. Der jetzigen Entscheidung waren heftige Debatten und starker Einsatz von LGBTIQ-Aktivist*innen vorangegangen. *Quelle: orf.at*

KAMPF GEGEN „PERIODENARMUT“ Binden und Tampons sind seit Mitte August in Schottland kostenlos. Stadtverwaltungen und Bildungseinrichtungen sind jetzt verpflichtet, Hygieneartikel jedem Menschen, der sie benötigt, zur Verfügung zu stellen. Das schottische Regionalparlament hatte im November 2020 einstimmig für den kostenlosen Zugang zu den Produkten in öffentlichen Gebäuden gestimmt. Schülerinnen und Studentinnen bekommen dort bereits kostenlos Binden und Tampons zur Verfügung gestellt. In einigen Ländern wurde die Mehrwertsteuer auf Menstruationsprodukte gesenkt.
Auch in Österreich wurde inzwischen die Umsatzsteuer auf Menstruationsprodukte halbiert. Seit Jänner vergangenen Jahres sind auf Tampons und Binden nur noch zehn Prozent Steuer zu entrichten. *Quelle: orf.at*

© privat

EQUAL PENSION DAY. Der Equal Pension Day markiert jenen Tag, an dem Männer bereits so viel Pension bekommen haben, wie Frauen erst bis Jahresende erhalten werden. Je später im Jahr dieser Tag liegt, desto geringer sind die Pensionsunterschiede. Heuer fiel der Equal Pension Day österreichweit auf den 3. August. Dies entspricht einer Verbesserung von zwei Tagen gegenüber 2021. Frauen erhalten um 41,1 Prozent weniger Pension als Männer. Während Männer 14-mal pro Jahr eine monatliche Durchschnittspension von 2103 Euro beziehen, sind es bei Frauen 1239 Euro. Am kleinsten ist der Gender Pension Gap in Wien, am größten in Vorarlberg. Seit Jahren bewegt sich wenig. Geht es in diesem Tempo weiter, werden Frauen erst im Jahr 2118 gleich hohe Pensionen beziehen wie Männer.

USA: 16-JÄHRIGE NICHT „AUSREICHEND REIF“ FÜR SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH. Ein Gerichtsurteil im US-Bundesstaat Florida, wonach eine 16-Jährige nicht „ausreichend reif“ für eine Abtreibung sei, hat für empörte Reaktionen gesorgt. Ein Berufungsgericht hatte im August einer 16-Jährigen das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch verweigert und dabei ein Urteil erster Instanz bestätigt. Die in der zehnten Woche schwangere Jugendliche hatte vor Gericht erklärt, sie sei „nicht bereit, ein Baby zu haben“. Sie gehe noch zur Schule, habe keinen Job, und der Vater des Kindes könne ihr nicht helfen. In Florida brauchen Minderjährige die Zustimmung eines Elternteils, um einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Die Jugendliche in diesem Fall hat aber keine Eltern. Sie lebt bei einem Verwandten und hat einen staatlich ernannten Vormund. Das Mädchen beantragte deswegen vor Gericht eine Erlaubnis zum Schwangerschaftsabbruch.

Quelle: dieStandard

Absender*in:

President Mnangagwa
Office of the President
Munhumutapa Building
Corner Sam Nujoma and Samora
Machel Avenue
P. Bag 7700, Causeway
Harare
SIMBABWE

Your Excellency,

Cecellia Chimbiri, Joanah Mamombe and Netsai Marova were arrested on 13 May 2020 at a police roadblock in Harare for leading an anti-government protest over the authorities' response to the COVID-19 pandemic and widespread hunger in the country. On the same day, they were forcibly disappeared from police custody. During their abduction they were subjected to torture, including sexual assault, with their clothes torn. On 15 May 2020, they were found abandoned in Bindura, about 87km from Harare, and were hospitalised. A few days later, and while still hospitalised, police charged the activists with gathering with intent to promote public violence and breach of peace. Prison guards and police officers were at the hospital to prevent them from talking to journalists. After stating that they recognised some of their attackers, the women were re-arrested on 10 June 2020 and charged with faking their ordeal. They were detained until 26 June 2020, when they were given bail. No investigation has been initiated into their disappearance and their credible allegations of torture, including sexual assault.

Please ensure that all charges against Cecellia Chimbiri, Joanah Mamombe and Netsai Marova are dropped immediately and unconditionally. Please also instruct the authorities to end the harassment the three women face for peacefully exercising their right to protest and speaking out against sexual violence.

Yours sincerely,

Exzellenz,

Cecillia Chimbiri, Joanna Mamombe und Netsai Marova wurden am 13. Mai 2020 an einem Polizeikontrollpunkt in Harare festgenommen, weil sie einen regierungskritischen Protest angeführt hatten, der die staatlichen Maßnahmen gegen die Coronapandemie sowie die Hungersnot im Land thematisierte. Am selben Tag fielen sie dem Verschwindenlassen zum Opfer und wurden in dieser Zeit gefoltert und sexuell genötigt.

Am 15. Mai 2020 fand man die Frauen mit zerrissener Kleidung und in schlechter körperlicher Verfassung in der Stadt Bindura. Sie wurden in ein Krankenhaus gebracht und wenige Tage später von der Polizei wegen „Versammlung zur Anstiftung zu öffentlicher Gewalt und Verletzung des Landfriedens“ angezeigt. Im Krankenhaus wurden die drei Frauen von Gefängniswärter*innen und Polizist*innen bewacht, um sie daran zu hindern, mit der Presse zu sprechen. Nachdem sie angaben, einige ihrer Peiniger wiederzuerkennen, wurden sie am 10. Juni 2020 erneut festgenommen unter dem Vorwurf, die Foltervorwürfe erfunden zu haben. Am 26. Juni wurden sie gegen Kaution freigelassen.

Weder das Verschwindenlassen von Cecillia Chimbiri, Joanna Mamombe und Netsai Marova noch ihre glaubwürdigen Vorwürfe über Folter und sexualisierte Gewalt wurden bisher untersucht.

Ich bitte Sie hiermit, dafür zu sorgen, dass alle Anklagen gegen Cecillia Chimbiri, Joanna Mamombe und Netsai Marova unverzüglich und bedingungslos fallen gelassen werden. Außerdem fordere ich ein Ende der Schikanen gegen die drei Frauen, die lediglich ihr Recht auf Protest wahrgenommen und die ihnen zugefügte sexualisierte Gewalt angeprangert haben.

Mit freundlichen Grüßen

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

Leiter der Nationalen Schutzeinheit
Sr. Don Alfonso Campo Martínez
Director of the National Protection Unit
Cra. 63 ##14-97
Bogotá, D.C.
KOLUMBIEN

Dear Mr. Campo Martínez,

I am writing to express concern for the safety of the members of **FEDEPESAN**, an organization committed to the defence, promotion, and protection of human rights and the environment in the Magdalena medio region in Colombia. Due to their brave work, various members of the organization had been victims of attempt of murder. The last one happened on July 5, 2022, at approximately 4:32 PM when Yuli Velásquez, president of FEDEPESAN, was approached by two unknown persons who shot from a motorcycle. Yuli managed to take cover, but her bodyguard was shot.

I call on the National Protection Unit to immediately reassess the security situation of Yuli Velásquez and, in consultation with the defender, grant proper protective measures according to the risk she faces.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Campo Martínez,

mit Sorge habe ich von den jüngsten Angriffen auf FEDEPESAN erfahren.

Auf Yuli Velásquez, die Vorsitzende des Verbands der Fischer*innen Santanders für Tourismus und Umwelt FEDEPESAN in Barrancabermeja, wurde am 5. Juli geschossen. Die zwei unbekannten Angreifer*innen trafen dabei ihren Bodyguard.

Schon zuvor wurden FEDEPESAN-Mitglieder bedroht und mit Waffengewalt angegriffen.

Ich fordere die Nationale Einheit für Personenschutz auf, die Sicherheitslage von Yuli Velásquez aktuell zu prüfen und in Absprache mit ihr angemessene Schutzmaßnahmen bereitzustellen, die dem Grad ihrer Gefährdung entsprechen.

MIt freundlichen Grüßen

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

Secretary Jesus Crispin C. Remulla
Department of Justice
Padre Faura Street, Ermita
Manila 10020
PHILIPPINEN

Dear Secretary Remulla,

Following the 9 August 2022 dismissal of the bribery complaints against prisoner of conscience and former senator **Leila de Lima** by the Office of the Ombudsman, I write to urge your office to impartially and expeditiously review the two remaining charges against her, with a view to dropping these and ensuring her immediate and unconditional release. With the earlier retractions by several witnesses of their allegations against her, this dismissal further strengthens the view that the charges she continues to face are false and politically motivated. I call on you to finally put an end to this gross injustice against Leila.
I welcomed your statement in May 2022 that you were willing to review the drug-related charges against Leila, and that it is „possible“ to drop these charges after several witnesses recanted their testimonies Following these retractions, the Ombudsman has now highlighted inconsistencies in witnesses' testimonies alleging that she received money from a self-confessed drug trader in exchange for protection. While this dismissal of the bribery charges against her is a positive sign, it is also further proof of concerted efforts to fabricate evidence against Leila and persecute her.
The continued detention of Leila clearly violates her right to presumption of innocence and other fair trial guarantees. For over five years, she has been a victim of vicious attacks and political persecution for her human rights work. She should not have been detained in the first place, but her immediate release is the least that the Philippine government could do to correct this grave injustice and demonstrate that it is serious about restoring respect for human rights under the new administration.

I therefore call on your office to:
- Drop all charges against Leila now and ensure her immediate and unconditional release;
- Conduct thorough, independent and impartial investigations into those responsible for her arbitrary detention and ensure full accountability for the years of human rights violations she has had to endure;
- Promptly and thoroughly investigate allegations by witnesses that they were coerced by senior officials to commit perjury, while ensuring their safety and security in light of the gravity of such allegations and the possible involvement of high-level officials.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Minister,

ich wende mich an Sie, weil ich entsetzt darüber bin, dass immer deutlicher wird, dass die Vorwürfe gegen Senatorin Leila de Lima konstruiert wurden, um sie strafrechtlich zu verfolgen.

Nun hat auch das Büro des Ombudsmanns die Bestechungsvorwürfe gegen sie zurückgewiesen.

Auch Sie haben im Mai 2022 in einer Stellungnahme erklärt, dass Sie bereit seien, die drogenbezogenen Anklagen gegen Leila de Lima zu überprüfen, und dass es „möglich“ sei, diese Anklagen fallenzulassen, nachdem mehrere Zeugen ihre Aussagen zurückgezogen haben.

Lassen Sie alle Anklagen gegen Senatorin Leila de Lima sofort fallen und sorgen Sie für ihre unverzügliche und bedingungslose Freilassung.

Führen Sie gründliche, unabhängige und unparteiische Untersuchungen durch, um die für ihre willkürliche Inhaftierung verantwortlichen Personen zu ermitteln. Sorgen Sie dafür, dass diese für die jahrelangen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden.

Führen Sie außerdem unverzüglich eine gründliche Untersuchung der Vorwürfe von Zeugen durch, dass sie von hochrangigen Beamt*innen zum Meineid gezwungen wurden. Sorgen Sie auch dafür, dass die Sicherheit dieser Zeugen angesichts der Schwere ihrer Aussagen und der möglichen Beteiligung hochrangiger Beamt*innen gewahrt bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

ELVIA CARILLO PUERTO

FEMINISTIN UND FREIHEITSKÄMPFERIN

Die mexikanische Frauenrechtlerin Elvia Carillo Puerto kämpfte für das Wahlrecht von Frauen, für Arbeiter*innen, Alphabetisierung und Geburtenkontrolle.

© Public domain / Wikimedia Commons

ELVIA CARILLO PUERTO
1881 - 1968
„Wir geben den Männern nicht die Schuld an der Entfremdung, in der sie uns gehalten haben, alles ist eine Folge abgestandener Vorurteile und der alten Formen, in denen unsere Bräuche geschmiedet wurden, aber es ist an der Zeit, dass wir von den Männern verlangen, neue Methoden auszuprobieren. "

Elvia Carillo Puerto wurde am 6.12.1878 als sechstes Kind einer Familie der Mittelschicht in Yucatán geboren. Ihre Lehrerin, die Pädagogin und Dichterin Rita Centina Gutièrrez war ihr ein Vorbild und hat ihr eine Vorstellung von der Gleichstellung der Geschlechter gegeben sowie die Möglichkeit, die Schriften von engagierten Frauen wie Flora Tristàn, Victoria Woodhull und Mary Wollstonecraft zu lesen. Im Alter von 13 Jahren wurde sie verheiratet, mit 21 bereits verwitwet.Später heiratete sie noch einmal.

POLITISCHES ENGAGEMENT. 1910 beteiligte sie sich, so wie ihr Bruder, am „ersten Funken der mexikanischen Revolution", an der Rebellion gegen den damaligen Governeur von Yucatán, der den Bundesstaat despotisch regierte. Schon 1912 gründete sie eine Organisation für Bäuerinnen, damit Frauen Rechte bei der Landverteilung erhielten.
Elvia Carillo Puerto beteiligte sich an Kongressen der Feministinnen und der Arbeiterbewegung Sie gründete u.a. die feministische Liga „Rita Cetina Gutièrrez" zu Ehren ihrer ehemaligen Lehrerin.
1921 wurde ihr Bruder Felipe Governeur von Yucatán. Elvia und ihre Mitstreiterinnen setzten sich für Alphabetisierung, Geburtenkontrolle, Erziehung und Hygiene ein - immer mit dem Ziel, das allgemeine Wahlrecht für Frauen zu erlangen.

WAHLRECHT FÜR FRAUEN. 1922 ermöglichte ihr Bruder das aktive und passive Wahlrecht für Frauen in Yucatán, obwohl es nicht in der Verfassung Mexikos verankert war. Elvia wurde zur Kongressabgeordneten gewählt und war eine der ersten Frauen auf einem Posten einer gesetzgebenden Körperschaft.
1924 nach dem Staatsstreich und der Ermordung von Felipe Carillo Puerto verlor sie ihr Amt und musste Yucatan verlassen. In den folgenden Wirren wurde das Frauenwahlrecht wieder aufgehoben. Es folgten vielerlei politische Bemühungen, die immer wieder unterdrückt wurden. Die Frauensache wurde mit unterschiedlichen Begründungen hintangehalten. Elvia erhielt politische Ämter, die ihr dann wieder entzogen wurden.
Erst 1947 wurde das Frauenwahlrecht bei Kommunalwahlen eingeführt. 1953 wurde schließlich in der Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten die volle politische Gleichstellung mit dem aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen ab 18 Jahren verankert.
1952 wurde Elvia als Veteranin der mexikanischen Revolution offiziell anerkannt und mit der Ehrenmedaille für revolutionäre Verdienste bedacht.
Elvia Carrillo Puerto starb am 15. April 1968 in Mexiko Stadt.
Seit 2013 wird ihr zum Gedenken jährlich am 8. März ein Preis für „die Verteidigung, den Schutz, die Ausübung und Untersuchung der Menschenrechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter" an verdienstvolle Frauen verliehen.

In unserer Serie über historische Frauenrechtlerinnen stellt Ruth Strehl, Mitglied des NW Frauenrechte, Elvia Carillo Puerto vor.

GUTE NACHRICHTEN: DEIN EINSATZ HILFT!

IRAN: NAHID TAGHAVI ERHIELT HAFTURLAUB FÜR MEDIZINISCHE BEHANDLUNG. Seit Oktober 2020 ist sie im Iran inhaftiert, im Juli durfte die Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi vorübergehend das Teheraner Evin-Gefängnis verlassen.

Nahid Taghavi befindet sich seit dem 16. Oktober 2020 im Iran in Haft. *© privat*

Iranische Behörden haben Nahid Taghavi Hafturlaub gewährt, damit sie angemessen medizinisch behandelt werden kann. Die 67-jährige iranisch-deutsche Staatsbürgerin Nahid Taghavi ist seit dem 16. Oktober 2020 willkürlich im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert. Am 4. August 2021 wurde Taghavi von einem iranischen Gericht zu zehn Jahren Haft wegen der angeblichen Beteiligung an einer „illegalen Gruppierung“ verurteilt sowie zu acht Monaten wegen „Propaganda gegen den Staat“.

RUSSLAND: FRAUENRECHTLERIN YULIA TSVETKOVA FREIGESPROCHEN. Mitte Juli wurde die russische Feministin, Aktivistin und Künstlerin Yulia Tsvetkova freigesprochen. Allerdings legte die Staatsanwaltschaft umgehend Rechtsmittel gegen den Freispruch ein. Wegen ihrer körperpositiven Zeichnungen der weiblichen Sexualorgane war ihr die „Verbreitung von Pornografie“ vorgeworfen worden. Amnesty International hatte sich unter anderem mit Appell-Aktionen für Yulia Tsvetkova eingesetzt. Bei einer Verurteilung hätten ihr bis zu drei Jahre Haft gedroht.Mehr als drei Jahre lang wurde

Yulia Tsvetkova - wegen angeblicher Verbreitung von Pornographie angeklagt *© privat*

Yulia Tsvetkova unerbittlich von den Behörden schikaniert, sei es in Form von Strafverfahren, Geldstrafen, Drohungen, Festnahmen und Reisebeschränkungen – alles nur wegen ihres friedlichen Aktivismus.

ÄGYPTEN: AHMED SAMIR SANTAWY IST ENDLICH FREI! Ahmed Samir Santawy, Student an der Wiener Central European University (CEU), wurde am 30. Juli 2022 per Präsidentendekret nach 18 Monaten unrechtmäßiger Haft freigelassen.
Ahmed Samir Santawy befand sich seit Februar 2021 als gewaltloser politischer Gefangener in Haft.

GUINEA: UNTERSUCHUNGEN EINGELEITET. In Guinea wurden strafrechtliche Untersuchungen gegen ehemalige Führungskräfte in Politik und Polizei eingeleitet, denen vorgeworfen wird, während der Verfassungskrise von 2020 Verstöße gegen das Recht auf Leben sowie Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen und Folter begangen zu haben. Amnesty International fordert seit einiger Zeit ein Ende der Straflosigkeit für diese Verstöße, u. a. in einem Bericht und mehreren weiteren Veröffentlichungen, in denen die rechtswidrige Tötung zahlreicher Demonstrierender sowie die willkürliche Inhaftierung Dutzender politischer Aktivist*innen und zivilgesellschaftlich engagierter Personen angeprangert wird.

SAMBIA SCHAFFT TODESSTRAFE AB. Einen Tag nach der Veröffentlichung des alljährlichen Amnesty-Berichts über die Todesstrafe kündigte der Präsident von Sambia an, die Todesstrafe im Land abschaffen zu wollen. Die Regierung von Malaysia kündigte an, damit beginnen zu wollen, die obligatorische Verhängung von Todesurteilen für elf verschiedene Straftaten abzuschaffen.

SÜDSUDAN: WAFFENEMBARGO VERLÄNGERT. Der UN-Sicherheitsrat verlängerte im Mai das Waffenembargo für das Territorium des Südsudan um ein weiteres Jahr. Amnesty hat durch Recherchen und gezielten Einsatz zu diesem Ergebnis beigetragen, u. a. durch bilaterale Treffen mit Angehörigen des UN-Scherheitsrates in New York.

IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin: Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43.
Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler
Vereinsregister ZVR: 407408993
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben.
Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International
Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 3, September 2022

Wenn du die AKTIV.IST.IN in Zukunft nicht mehr zugesendet bekommen willst, kannst du sie jederzeit durch ein E-Mail an aktiv.ist.in@amnesty.at oder per Post an Amnesty International, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien abbestellen.

Österreichische Post AG , MZ 02Z 031 256M